

**Stellungnahme  
der Friedensfördernden Energie-Genossenschaft Herford eG (FEGH)  
zur Frage der Rekommunalisierung der E.ON Westfalen Weser AG (EWA)**

Die Frage einer möglichen Rekommunalisierung der Stromnetze hat sich in den letzten Jahren zu einem zentralen Thema der kommunalen Agenda entwickelt. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass in vielen Städten und Gemeinden die Konzessionsverträge für die Stromnetze auslaufen. Viele Gemeinden hatten deshalb längst mit Überlegungen begonnen, die Stromnetze wieder zurück in die öffentliche Hand zu überführen, statt sie weiterhin von Dritten betreiben zu lassen.

Mit dem Angebot der E.ON AG an die Kommunen in OWL, die Mehrheitsanteile an der EWA zurück zu kaufen, ergibt sich nun eine einmalige Chance. Der historische Fehler der Privatisierung der regionalen Stromunternehmen EMR, Wesertal und PESAG könnte - zumindest im Hinblick auf die Netzinfrastruktur - rückgängig gemacht werden. Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge könnten einerseits die wirtschaftlichen Vorteile auf allen Wertschöpfungsebenen genutzt werden, andererseits vor allem aber auch eine dezentrale und ökologische Energieversorgung gefördert werden.

Die Entscheidung über das Ob und Wie diskutieren viele Gemeinden durchaus auch kontrovers in ihren Kommunalparlamenten. Schließlich geht es um nicht weniger als die Energieversorgungsstruktur unserer Zukunft. Eine rekommunalisierte Netzbetreibergesellschaft könnte ein effektives Instrument für die Einbindung dezentraler und erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen darstellen. Unser Versorgungsnetz wird ertüchtigt werden müssen, um der dezentralen Energieerzeugung den Vorrang vor Großerzeugern mit Offshore-Windparks und neuen Fossilbrennstoff-Kraftwerken zu ermöglichen.

Eine regional geführte Netzbetreibergesellschaft kann insofern zu einer größeren regionalen Energieautonomie beitragen. Die über die Netznutzungsentgelte erzielten Gewinne der regionalen Gesellschaft könnten von den örtlichen Stadtwerken in Projekte zur regenerativen, rationellen und umweltfreundlichen Erzeugung sowie zur Einsparung von Energie investiert werden, die langfristig auch zu eigenen kostengünstigeren Stromangeboten führen können.

Die FEGH appelliert deswegen dringend an Sie als unsere verantwortlichen KommunalpolitikerInnen, sich der nötigen öffentlichen Diskussion zu stellen und die Übernahme der Stromnetze über eine Beteiligung der Kommunen an der Rekommunalisierung der EWA durchzusetzen.

**Friedensfördernde Energie-Genossenschaft Herford eG**